

Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP): Aktiv für Kinder: 60 neue Kita-Plätze pro Jahr!

Eine vom Verein Region Bern VRB in Auftrag gegebene Studie von 2007 weist nach, dass Kindertagesstätten volkswirtschaftlich rentabel sind (www.regionbern.ch). Das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Kinderbetreuung in Kitas in der Region Bern liegt kurzfristig bei 1.5 bis 2* Franken und langfristig bei 2.6 bis 3.5 Franken pro investiertem Franken. Auf ähnliche Resultate kamen auch andere Studien im In- und Ausland.

Vom Nutzen – höhere Erwerbseinkommen, Sozialversicherungsbeiträge und Steuereinnahmen sowie vermiedene Sozialhilfekosten – profitieren nicht alle gleich:

- Ausgeglichen, mit 1 zu 0,8 bis 1.2, ist die Bilanz für die Standortgemeinden. Sie haben den kleinsten finanziellen Nutzen, profitieren aber dennoch, da ihr Einsatz wieder zurückfliesst und sie von vielen zusätzlichen nicht qualifizierbaren Vorteilen profitieren, wie die Förderung von Entwicklung, Chancengleichheit und Integration der Kinder, Standortvorteile für die Wirtschaft sowie Attraktivität der Wohngemeinde für Familien.
- Für den Kanton beträgt das Verhältnis 1 zu 1,3 bis 1,8. Es fließen also 30 bis 80 Prozent mehr Einnahmen in die Kasse des Kantons, als er für die Kitas ausgibt.
- Das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis hat der Bund mit 1 zu 10. Er beteiligt sich nur marginal an der Finanzierung und nimmt das Zehnfache davon ein.
- Ebenfalls einen grossen Nutzen – 1 zu 7 bis 9.4 – haben die Eltern der betreuten Kinder.

*Die erste Zahl entspricht dem Minimalszenario, die zweite dem Maximalszenario.

Forderung

In der Stadt Bern warten über 700 Kinder auf einen Kita-Platz. Dies ist nicht nur ein gesellschaftspolitischer Missstand, sondern bedeutet auch entgangenen volkswirtschaftlichen Nutzen. Aufgrund der nachgewiesenen Rentabilität von Kita-Plätzen fordern wir den Gemeinderat auf:

1. Dem Stadtrat einen Nachkredit für 40 neue, zusätzliche Kita-Plätze für 2008 (zusätzlich zu den bereits geplanten 20 Kita-Plätzen) zu unterbreiten. Bei der Schaffung der neuen Plätze ist auf eine gute Betreuungsqualität und gute Arbeitsbedingungen für die Betreuenden zu achten.
2. Für die nachfolgenden Jahre im PGB als Steuerungsvorgabe 60 zusätzliche Kita-Plätze aufzunehmen und die entsprechenden finanziellen Mittel einzustellen.
3. Bei Kanton und Bund zu intervenieren, damit sie einen grösseren Anteil der Kosten für Familienergänzende Kinderbetreuung übernehmen.

Bern, 17. Januar 2008

Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP), Claudia Kuster, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen,

Miriam Schwarz, Beni Hirt, Markus Lüthi, Gisela Vollmer, Corinne Mathieu, Stefan Jordi, Guglielmo Grossi

Antwort des Gemeinderats

Trotz des grossen Ausbaus der Plätze in Kindertagesstätten (Kitas) in den vergangenen Jahren hat sich die Warteliste nicht wesentlich verändert. Angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Vorschulkinder in der Stadt Bern konstant geblieben ist, zeigt dies, dass die Nachfrage nach Kita-Plätzen deutlich gestiegen ist und wohl weiter steigen wird. Dies hängt einerseits mit der positiven wirtschaftlichen Situation zusammen, die es Eltern vermehrt ermöglicht, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Andererseits nehmen immer mehr Eltern die Gelegenheit wahr, die Vorteile der Betreuung ihrer Kinder in der Kita zu nutzen (frühe Förderung, Integration, Erwerb sozialer Kompetenzen, regelmässiger Kontakt mit Gleichaltrigen). Um die Warteliste so stark zu verkürzen, dass die Wartezeit der Eltern auf einen Platz auf höchstens ein halbes Jahr reduziert würde, wären bei gleich bleibender Nachfrage rund 200 neue Plätze notwendig.

Angesichts der grossen Nachfrage und des erwiesenen Nutzens für die Kinder, aber auch in Kenntnis der positiven Resultate der Studie zum volkswirtschaftlichen Nutzen von Kindertageseinrichtungen in der Region Bern ist der Gemeinderat grundsätzlich bereit, den Ausbau noch stärker als bisher voranzutreiben.

Zu den einzelnen Forderungen:

Zu Punkt 1:

Die Forderung, dem Stadtrat einen Nachkredit für 40 neue, zusätzliche Kita-Plätze für 2008 zu unterbreiten, ist aus zeitlichen Gründen nicht in diesem Umfang realisierbar. Die Einrichtung neuer Plätze braucht Zeit. So muss ein qualifizierter Träger gefunden werden, der bereit ist, eine neue Einrichtung bzw. Gruppe zu führen. Es braucht zudem geeignete Räumlichkeiten, die vielfach baulich noch angepasst werden müssen. Personal muss angestellt und die Räume müssen eingerichtet werden.

Ein moderater Ausbau ist jedoch bereits 2008 möglich. Dank der Tatsache, dass kurzfristig eine Wohnung dazugemietet werden kann, können in der Tagesstätte Lorraine noch im Jahr 2008 10 zusätzliche Kleinkindplätze geschaffen werden. Die kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) hat zudem die Stadt Bern für 2008 ermächtigt, bei den Tageseltern 15 000 Betreuungsstunden mehr als 2007 dem Lastenausgleich zuzuführen. Der Gemeinderat wird diese zusätzlichen Stunden realisieren. Sie entsprechen 7,5 Kita-Plätzen.

Zu Punkt 2:

Der Gemeinderat ist bereit, im PGB 2009 beim Jugendamt 80 neue Kita-Plätze aufzunehmen. Zu dem bereits im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) vorgesehenen Ausbau um 20 neue Plätze kämen demnach 60 dazu. Pro Platz ist mit Kosten von Fr. 20 000.00 pro Jahr zu rechnen (ohne Berücksichtigung Ertrag aus kantonalem Lastenausgleich). Es ist zurzeit offen, ob und wie viele dieser neuen Plätze über den Lastenausgleich abgerechnet werden können (siehe Ziffer 3). Vorbehalten bleibt zudem die Realisierbarkeit.

Zu Punkt 3:

Dieser Punkt betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Ihm kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Die Zulassung zum und die Höhe der

Abgeltung über den Lastenausgleich nach Sozialhilfegesetz für familienergänzende Angebote ist ein Dauerthema zwischen Gemeinderat und GEF. Es war denn auch die Stadt Bern, welche die nun vorliegende Studie zum volkswirtschaftlichen Nutzen von Kindertageseinrichtungen über den Verein Region Bern (VRB) initiiert hat. Für 2008 sind 10 der 20 neuen Kita-Plätze sowie 15 000 zusätzliche Betreuungsstunden bei den Tageseltern neu zum Lastenausgleich zugelassen. Der Kanton will inskünftig deutlich mehr Mittel für den Ausbau der familienergänzenden Tagesbetreuung zur Verfügung stellen (neu 3 Mio. Franken anstatt 1 Mio.). Der Gemeinderat setzt sich dafür ein, dass auch die Stadt Bern von diesen zusätzlichen Mitteln profitieren wird. Angesichts der grossen Nachfrage auch in anderen Gemeinden kann jedoch nicht ohne weiteres damit gerechnet werden, dass bereits 2009 alle geplanten 60 neuen Plätze zum Lastenausgleich zugelassen werden.

Der Gemeinderat setzt sich auch beim Bund für eine Erhöhung der Mittel für die familienergänzende Tagesbetreuung ein. Die Ergebnisse der erwähnten Studie wurden dem zuständigen Departement zur Kenntnis gebracht. Bei den laufenden Finanzhilfen des Bundes für familienergänzende Kinderbetreuung ist kaum kurzfristig mit Änderungen zu rechnen. Die Eidgenössischen Räte haben die finanziellen Mittel dafür bis 2011 bewilligt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die zusätzlichen 10 Kita-Plätze in der Lorraine und 15 000 Betreuungsstunden bei den Tageseltern 2008 verursachen Kosten von knapp unter Fr. 300 000.00 pro Jahr. Da es sich bei der Tagesstätte Lorraine um einen städtischen Betrieb handelt, ist die Anstellung von zusätzlichem städtischem Personal notwendig.

Die zusätzlichen 60 Plätze 2009 erfordern im PGB zusätzliche Mittel von Fr. 1 200 000.00. Wie unter Ziffer 3 dargelegt, ist die Höhe des Ertrags aus dem kantonalen Lastenausgleich offen. Ein grosser Teil der neuen Plätze wird bei privaten Trägern einzurichten sein. Auch bei bestehenden städtischen Einrichtungen könnten – wenn es räumlich möglich ist – zusätzliche Plätze eingerichtet werden. Dies hätte die Anstellung von zusätzlichem städtischem Personal zur Folge.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 und 2 erheblich zu erklären und Punkt 3 als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 7. Mai 2008

Der Gemeinderat